



Sparkasse
Münsterland Ost

Geschäftsbericht 2012

Die Zahlen im Überblick

Geschäftsentwicklung	2012	2011	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Geschäftsvolumen	8.715	8.458	257	3,0
Bilanzsumme	8.483	8.264	219	2,6
Kundeneinlagen	6.356	5.882	474	8,1
– Spareinlagen	1.752	1.627	125	7,7
– Sparkassen-, Hypothekendarlehen und Inhaberschuldverschreibungen	450	543	–93	–17,1
– Sicht- u. Termineinlagen	4.154	3.712	442	11,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.197	1.475	–278	–18,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	101	101	0	0,0
Forderungen an Kunden	6.023	5.802	221	3,8
– Kontokorrentkredite	384	398	–14	–3,5
– Darlehen aus Eigenmitteln	4.677	4.499	178	4,0
– Kommunaldarlehen	404	302	102	33,8
– Weiterleitungsdarlehen	558	603	–45	–7,5
Eigenkapital	431	416	15	3,6

Rechtsnatur

Die Sparkasse ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts.

Verbandszugehörigkeit

Die Sparkasse ist über den Sparkassenverband Westfalen-Lippe in Münster dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. in Berlin angeschlossen.

Träger

Träger ist der Sparkassenzweckverband der Stadt Münster, des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf.

Inhalt

Lagebericht

Jahresabschluss 2012

Jahresbilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang

Lagebericht

A. Darstellung der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Münster unter der Nummer A 4940 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt Münster, dem Kreis Warendorf sowie den Städten und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Münster und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Kreise und die kreisfreie Stadt Hamm. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen.

B. Darstellung der Rahmenbedingungen

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2012

Wirtschaftsentwicklung

Das **weltweite** Wirtschaftswachstum verlangsamte sich im Jahr 2012 leicht. Während die Industrienationen sich unterdurchschnittlich entwickelten, wirkten erneut die sogenannten Schwellenländer inklusive China als Stützen des Wachstums.

Insbesondere die ungelöste Staatsschuldenkrise in Europa belastete die Weltwirtschaft zunehmend. Zwischenzeitlich wurde sogar der Austritt von Ländern aus der Währungsunion diskutiert, der jedoch durch zahlreiche staatlich initiierte Rettungsschirme und Sparprogramme vermieden werden konnte. Daneben unterstützten der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank die Krisenländer durch die Bereitstellung von Liquidität. Mit dem Schuldenschnitt

Griechenlands konnte die Insolvenz eines europäischen Staates abgewendet werden.

In den USA deuteten bereits zum Jahresbeginn viele Indikatoren auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung hin. Allerdings reduzierte sich die Arbeitslosenquote erst gegen Ende des Jahres auf 7,8 % (Vorjahr 8,5 %). Auch hier unterstützte die Zentralbank mit diversen Konjunkturprogrammen und historisch niedrigem Zinsniveau die wirtschaftliche Entwicklung.

Im Jahr 2012 wurde ein Weltwirtschaftswachstum von 3,0 % (Vorjahr 3,4 %) erreicht, während die Wirtschaft in der Eurozone um 0,3 % (Vorjahr: Anstieg um 1,5 %) zurückging. Die Arbeitslosenquote stieg auf einen Wert von 11,8 % (Vorjahr 10,4 %) und war damit so hoch wie noch nie seit Einführung der Gemeinschaftswährung. Die Inflation befand sich im Jahresverlauf 2012 mit 2,5 % oberhalb des Zielkorridors der EZB von 2,0 %. Auch die **deutsche** Wirtschaftsentwicklung kühlte sich aufgrund der schwachen Nachfrage aus Europa im Vergleich zum Vorjahr ab. Das BIP-Wachstum lag mit 0,7 % unter dem Vorjahreswert von 3,0 %. Die Nachfrage aus den Schwellenländern kompensierte teilweise die rückläufige europäische Nachfrage und verhinderte damit eine noch schwächere Wirtschaftsleistung. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresverlauf moderat um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahreswert an und lag zum Jahresende bei 6,9 %. Die Inflationsrate reduzierte sich im Laufe des Jahres moderat auf 2,0 % (Vorjahr 2,1 %).

Im **Münsterland** entwickelte sich die Wirtschaft gemäß der zum Jahreswechsel 2012/2013 durchgeführten Konjunkturumfrage der IHK Nord Westfalen uneinheitlich. Der IHK-Konjunkturklimaindex konnte sich erstmals seit 2010 leicht verbessern und liegt zurzeit wieder über seinem historischen Durchschnitt. Allerdings divergierte die Entwicklung zwischen Industrie bzw. Großbetrieben und kleineren, regional tätigen Unternehmen deutlich. Erstere litten aufgrund der schwächeren weltwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresverlauf 2012 unter rückläufiger Auslandsnachfrage, während regionale Unternehmen aus Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe von der stabilen Binnenkonjunktur profitieren konnten.

Die zum Jahresende 2012 verbesserte Stimmung resultiert daher insbesondere aus den verbesserten Einschätzungen zur aktuellen Lage in kleineren und mittleren Unternehmen.

Mit einer gleichbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung rechnen knapp zwei Drittel der Unternehmen für 2013, während sich bei den übrigen die positiven und negativen Erwartungen

annähernd die Waage halten. Positive Effekte aus einem erwarteten Anstieg der Auslandsnachfrage lassen insbesondere Großunternehmen zuversichtlich nach vorne blicken. Belastend werden die ungewisse Inlandsfrage, die hohen Energiekosten und die ungelöste Finanzkrise bewertet.

Bei weiterhin intakter Investitionstätigkeit und nahezu unveränderter Personalplanung scheint eine solide Arbeitsmarktentwicklung im Münsterland wahrscheinlich.

Zinsentwicklung

Aufgrund der seit Jahresbeginn weiter rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum senkte die EZB in ihrer Julisitzung den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf das historische Tief von 0,75 %. Neben der Fortsetzung ihrer Politik sehr niedriger Zinsen schuf die Zentralbank die Möglichkeit des umstrittenen uneingeschränkten Ankaufs von Anleihen der krisengeschüttelten Euro-Staaten, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone weiter zu stützen. Die EURIBOR-Sätze reduzierten sich im Jahresverlauf sukzessive und notierten auf historischen Tiefstständen. Der 6-Monats-EURIBOR lag am Ende des Jahres bei 0,32 % (Vorjahr 1,62 %). Auch die langfristigen Zinssätze sanken im Laufe des Jahres. Die Renditen europäischer Staatsanleihen entwickelten sich im Jahresverlauf uneinheitlich. Während deutsche Anleihen als sicherer Hafen weiterhin gefragt waren und zum Teil mit negativen Renditen am Markt platziert werden konnten, mussten die Euro-Krisenstaaten sehr volatile Risikoaufschläge in Kauf nehmen. Im Durchschnitt gingen diese im Jahresverlauf aber deutlich zurück.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2012

Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Am 14.12.2012 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die vierte Novelle der MaRisk veröffentlicht.

Gesetzesvorschlag zur Umsetzung von Basel III

Die Kreditinstitute sollen durch strengere Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften stabiler aufgestellt werden. Durch die derzeit noch laufenden Abstimmungen auf EU-Ebene kommt es allerdings zu Verschiebungen. Es wird damit gerechnet, dass ein Inkrafttreten erst Anfang 2014 erfolgen wird.

Mitarbeiteranzeigerverordnung (MaAnzV)

Mit dem Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz (AnsFuG) wurde die Vorschrift des § 34d Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) eingeführt. Danach werden für bestimmte Mitarbeitergruppen besondere Anforderungen an die Sachkunde und Zuverlässigkeit gestellt. Das Vorliegen der Sachkunde ist der BaFin anzuzeigen.

C. Geschäftspolitische Strategie

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die Geschäftsstrategie wird durch die Kundengeschäftsstrategie konkretisiert. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Für ausgewählte Risiken bestehen die Teilstrategien (Adressenausfallrisiko-, Marktpreisrisiko-, Liquiditätsrisiko-, Beteiligungsrisikostrategie und Strategie für operationelle Risiken). Sie sind Bestandteile der Risikostrategie und wurden ebenfalls überprüft und aktualisiert. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

D. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Sparkasse Münsterland Ost konnte auch im Geschäftsjahr 2012 ihren stabilen Kurs beibehalten und hat sich weiterhin als starker Partner ihrer Privat- und Firmenkunden im Münsterland gezeigt. Das Vertrauen der Kunden sowie das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es ermöglicht, dass die Sparkasse in einem nach wie vor herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld erfolgreich die Zukunft in der Region mitgestalten konnte.

1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme stieg im Jahr 2012 um 218,6 Mio. EUR bzw. 2,6 % auf 8.482,6 Mio. EUR. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 778,0 Mio. EUR oder 5,4 % auf 15.096,8 Mio. EUR.

Im Zuge der Anpassung der Asset-Allocation wurden die Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 261,8 Mio. EUR und die Bestände der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 13,6 Mio. EUR reduziert, während die Forderungen an Kreditinstitute um 260,0 Mio. EUR erhöht

wurden. Die Kundenforderungen stiegen um 221,2 Mio. EUR auf 6.023,3 Mio. EUR. Das Kundeneinlagengeschäft erhöhte sich um 474,6 Mio. EUR auf 6.356,5 Mio. EUR. Die Entwicklungen lagen sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch beim Kundengeldvermögen über den im Vorjahr für das Jahr 2012 erwarteten Veränderungen.

2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 3,8 % oberhalb der Planung. Die Darlehensauszahlungen belaufen sich im Jahr 2012 auf 1.043,4 Mio. EUR. Darin enthalten sind die Darlehensauszahlungen zur Finanzierung des Wohnungsbaus, die sich im Gesamtjahr um 2,2 % auf 490,5 Mio. EUR erhöhten. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich auf 71,0 % (Vorjahr 70,2 %).

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 120,3 Mio. EUR. Die an private Haushalte ausgezahlten Darlehensmittel wiesen einen Anstieg auf 477,5 Mio. EUR aus. Trotz nachlassender Investitionsneigung der Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen um 48,1 Mio. EUR. Die Darlehensauszahlungen an Unternehmen und Selbstständige reduzierten sich auf 477,6 Mio. EUR.

3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag reduzierte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 275,4 Mio. EUR auf 1.179,4 Mio. EUR. Hierbei war insbesondere der Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 261,8 Mio. EUR maßgeblich. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden um 13,6 Mio. EUR reduziert. Der Strukturanteil dieser Position am Bilanzwert der Wertpapiereigenanlagen erhöhte sich insbesondere aufgrund der grundsätzlichen Reduzierung der Eigenanlagen von 40,5 % auf 48,8 %.

4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2012 von 152,0 Mio. EUR (Vorjahr 159,8 Mio. EUR) entfiel mit 92,9 Mio. EUR auf die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und mit 27,5 Mio. EUR auf die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. In dieser Gesellschaft wird das Engagement der Sparkassen-Finanzgruppe im Zusammenhang mit

der Landesbank Berlin Holding AG gebündelt. Die Veränderung der Werte gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einer Veränderung der Beteiligung am SVWL durch den Erwerb der Helaba-Anteile und weiterer DSV-Anteile sowie der Abschreibung auf den aktuellen Buchwert. Darüber hinaus wurde eine Abschreibung auf den Wertansatz der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Landesbank Berlin Holding AG) vorgenommen.

Unter Beteiligung der S-Servicepartner GmbH als externem Dienstleistungsanbieter wurde per 26.03.2012 die DZS GmbH zur SDZ Westfalen-Lippe GmbH umfirmiert. Als Tochtergesellschaft der Sparkasse Münsterland Ost (Geschäftsanteil Sparkasse: 70 %) verfügt die Gesellschaft über ein Stammkapital von insgesamt 100 TEUR und bündelt – neben der in der ehemaligen DZS GmbH bereits erbrachten Personalsachbearbeitung – bankbetriebliche Dienstleistungen im Aktiv- und Passivgeschäft, in der Wertpapierabwicklung sowie sämtliche damit verbundene Planungs-, Unterstützungs- und Bereitstellungsleistungen.

5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2012 ein Wachstum bei den Geldanlagen – ohne Berücksichtigung von Kursveränderungen im Wertpapiergeschäft – von 2,0 % erwartet. Dieses Ziel wurde mit einem Wachstum von 4,9 % übertroffen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einschließlich der begebenen Schuldverschreibungen konnten um 474,6 Mio. EUR oder 8,1 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 6.356,5 Mio. EUR. In Summe wiesen die Sparkassenbriefe, Hypotheken-Namenspfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen einen Rückgang von 92,6 Mio. EUR auf. Der Bestand an Spareinlagen erhöhte sich um 125,5 Mio. EUR und der Bestand der Termin- und Sichteinlagen stieg um 441,6 Mio. EUR.

6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich insbesondere durch die Anlage freier liquider Mittel aus fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 259,9 Mio. EUR oder 40,7 % auf 898,9 Mio. EUR. Der Bestand setzte sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich

um 278,1 Mio. EUR auf 1.196,9 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich um langfristige Weiterleitungsdarlehen, Sparkassenbriefe, Hypotheken-Namenspfandbriefe und Positionen in Geldmarktgeschäften.

7. Dienstleistungsgeschäft

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 5.926 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 136,2 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Ergebnis liegen wir knapp unter dem Vorjahresergebnis.

Der Umsatz im Kundenwertpapiergeschäft ging gegenüber dem Vorjahr um 20,6 % zurück. Ursächlich war die Verunsicherung der Anleger infolge der durch die europäische Schuldenkrise ausgelösten Kapitalmarkturbulenzen. Hinzu kam, dass die WestLB ihr Renten- und Zertifikateangebot zum Ende des ersten Halbjahres 2012 eingestellt hat. Trotz dieser erschwerten Rahmenbedingungen war das Jahr insgesamt erfolgreich. Das Wertpapiergeschäft bleibt eine tragende Säule im Dienstleistungsgeschäft. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2012 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere und Misch-Fonds.

Der Absatz von Sachversicherungen über die S Versicherungs-GmbH, Münster, konnte auch im Jahr 2012 weiter verstärkt werden. Der Absatz von Personenversicherungen – geprägt durch kapitalbildende Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag – konnte am Markt behauptet werden.

Durch die nach wie vor sehr große Nachfrage bei der Vermarktung von Bauträgermaßnahmen und Gebrauchtimmobiliien konnte im Jahr 2012 erneut ein sehr positives Ergebnis der S Immobilien GmbH erzielt werden. Insgesamt entsprach die Entwicklung unseren Erwartungen.

8. Investitionen

Im Jahr 2007 hat die Sparkasse einen Großteil ihrer Immobilien an eine 100%ige Tochtergesellschaft veräußert. Die Grundstücke und Gebäude, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden, sind über langfristige Verträge angemietet.

Die Hauptstelle Ahlen wurde grundlegend umgebaut und modernisiert (Fertigstellung Anfang 2013). Die Filiale Rinkerode hatte einen erweiterten Flächenbedarf. Dieser wurde durch eine Umbaumaßnahme realisiert. Die Münsteraner SB-Standorte Münzstraße und Hoher Heckenweg wurden in neue Räumlichkeiten verlegt. Darüber hinaus wurden in diversen Filialen Investitionen zur Optimierung der Sicherheit und zur energetischen Optimierung vorgenommen.

9. Personalbericht

Im Jahr 2012 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 1.487 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 1.464), davon 469 Teilzeitkräfte und 124 Auszubildende. Von diesen Beschäftigten waren im Jahresdurchschnitt 233 für die SDZ Westfalen-Lippe GmbH tätig, da diese seit der Auslagerung von Marktfolgearbeiten im März 2012 auf die Tochtergesellschaft ausgeliehen wurden.

Unsere Ausbildungsarbeit ist die entscheidende Basis, den alljährlichen Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften bestmöglich zu decken. Daher hat die Sparkasse ihr bereits überdurchschnittliches Ausbildungsengagement nochmals erhöht. Ende 2012 befanden sich 158 junge Menschen in der Berufsausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann. Bezogen auf die Mitarbeiterzahl am Jahresende einschließlich der an die SDZ Westfalen-Lippe GmbH ausgeliehenen Beschäftigten stieg die Ausbildungsquote auf 11,9 %, womit die Sparkasse zu den ausbildungsintensivsten Betrieben in der Region gehörte.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen spielten auch im Jahr 2012 eine große Rolle, denn sie sind ein maßgeblicher Beitrag zum Sparkassenerfolg. So wurden 985 TEUR in die Mitarbeiterbildung investiert, womit die Sparkasse auf Vorjahresniveau liegt. Schwerpunkte bildeten neben Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Führungskompetenz.

Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2012 durch zahlreiche Aktivitäten konsequent verfolgt. Als besondere Maßnahme bieten wir seit Anfang 2012 eine betriebliche Betreuung für Mitarbeiterkinder unter drei Jahren an.

In persönlichen, beruflichen und familiären Ausnahmesituationen können unsere Beschäftigten seit 01.07.2012 Unterstützung bei einer neutralen, fachlich kompetenten Beratungsstelle erhalten.

E. Darstellung und Analyse der Lage

1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2011. Insgesamt wies die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2012 ein Eigenkapital von 430,8 Mio. EUR (vor Gewinnverwendung; Vorjahr 416,5 Mio. EUR) aus. Neben

den Gewinnrücklagen verfügte die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Eigenkapitalanforderungen des KWG wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationelle und Marktpreisrisiken, übertraf am 31.12.2012 mit 13,40 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % nach der Solvabilitätsverordnung. Die Sparkasse wies damit eine ausreichende Kapitalbasis auf.

2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank, der WestLB AG bzw. Helaba wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten.

3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wurde für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung wurden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis betrug das Betriebsergebnis vor Bewertung im Jahr 2012 1,32 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2012. Im Vergleich mit den Großsparkassen im DSGV und den Sparkassen im SVWL wurde damit ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies galt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2012 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 14,6 % über dem Planwert von 8,2 %. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen verschlechterte sich mit einem Wert von 55,0 % (Vorjahr 53,3 %). Das Unternehmensziel für 2012 von 56,0 % konnte unterschritten werden.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

	2012	2011	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	181,0	177,2	3,8	2,1
Provisionsüberschuss	47,7	50,9	-3,2	-6,3
Nettoaufwand des Handelsbestands	0,0	0,1	-0,1	-
sonst. betriebliche Erträge	23,5	6,6	16,9	-
Personalaufwand	73,1	80,7	-7,6	-9,4
anderer Verwaltungsaufwand	60,7	48,8	11,9	24,4
sonst. betriebliche Aufwendungen	10,0	13,1	-3,1	-23,7
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	108,4	92,0	16,4	17,8
Ertrag/Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-15,8	166,8	-182,6	-
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	49,0	205,0	-156,0	-76,1
Ergebnis vor Steuern	43,6	53,8	-10,2	-19,0
Steueraufwand	24,5	34,7	-10,2	-29,4
Jahresüberschuss	19,1	19,1	0,0	0,0

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8 und 20
sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 2,1 % auf 181,0 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss lag insbesondere aufgrund niedrigerer Erträge aus dem Wertpapiergeschäft um 6,3 % unter dem Vorjahreswert. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist der Anstieg fast ausschließlich auf eine einmalige Rückstellungsauflösung zurückzuführen.

Durch die Auslagerung u. a. von Marktfolgetätigkeiten zur SDZ Westfalen-Lippe GmbH kommt es zu Verschiebungen von Personalaufwand in Sachaufwand.

Die Personalaufwendungen verminderten sich um 9,4 % auf 73,1 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 24,4 %.

Der Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge wurde mit 15,8 Mio. EUR (Vorjahr Ertrag 166,8 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Bewertungsergebnisse im Kredit- und Wertpapiergeschäft haben sich erfreulich entwickelt. Auf Beteiligungen wurden netto 26,5 Mio. EUR abgeschrieben. Der Fonds für

allgemeine Bankrisiken wurde mit weiteren 49,0 Mio. EUR dotiert. Der Jahresüberschuss betrug 19,1 Mio. EUR und liegt damit trotz der dargestellten Belastungen aus den Beteiligungen auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2011.

F. Risikoberichterstattung

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Das Bankgeschäft besteht zu einem wesentlichen Teil aus dem bewussten Eingehen von Risiken. Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. In der Risikostrategie ist festgelegt, Risiken bei günstigem Chance-Risiko-Profil einzugehen und bei ungünstigerem Chance-Risiko-Profil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellen Schaden werden akzeptiert. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken, wurden die Teilrisikostrategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird permanent weiterentwickelt.

Aus der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse wird laufend ein Gesamtrisikolimit zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Gesamtrisikolimit gegenübergestellt, so dass eine Auslastungsquote ermittelt wird. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Gesamtrisikolimits begrenzt und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des unter Berücksichtigung eines Mindest-Solvabilitätskoeffizienten festgelegten Gesamtrisikolimits.

Darüber hinaus werden aus dem Gesamtrisikolimit Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand der Sparkasse ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionale Trennung zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Damit wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in den MaRisk geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Dienstweisungen festzulegen.

Im Zusammenhang mit der Emission von Hypotheken-Namenspfandbriefen wurde ein Risikomanagementsystem nach § 27 PfandBG installiert. Die Regelungen zu den mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken sind in das Risikohandbuch der Sparkasse integriert worden und werden mindestens einmal jährlich überprüft.

3. Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Sparkasse umfasst die Einzelschritte Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Risikoberichterstattung, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Im Rahmen einer Risikoinventur werden jährlich alle auf die Geschäfts- und Funktionsbereiche der Sparkasse einwirkenden Risiken ermittelt. Über eine Risikobewertung werden die wesentlichen Risiken der Sparkasse gewichtet. Die Bewertung erfolgt anhand einer Risikokennzahl, die durch Multiplikation von Kennzahlen zur

Eintrittswahrscheinlichkeit, Bedeutung und Beherrschbarkeit des Risikos ermittelt wird. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine Risikoklasse. Die Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos. Die Risikobewertung erfolgt unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die betriebswirtschaftliche, d. h. vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt einen Risikowert, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Daneben werden die aufsichtsrechtlichen Relationen als strenge Nebenbedingung ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird laufend ein Gesamttriskolimit festgelegt. Auf das Gesamttriskolimit werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und ökonomischen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Gesamttriskolimits jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Im Jahr 2012 wurden relevante Risikokonzentrationen in den Bereichen Ertragskonzentrationen, Marktpreisrisiken und Adressenausfallrisiken identifiziert und in den Stresstests berücksichtigt. Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse regelmäßig unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben der MaRisk schriftlich berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Dienst-anweisungen beschrieben. Die Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Innenrevision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere

auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikokoordinator überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikokoordinator ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Das Adressenausfallrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls eines Geschäftspartners Verluste entstehen. Das Adressenausfallrisiko betrifft im Speziellen bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenausfallrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an Dienstleistungs- und Handelsunternehmen sowie an das verarbeitende Gewerbe.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im

Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt. Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden auf der Grundlage ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und der vom Kunden gestellten Sicherheiten sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft berechnet. Mit Hilfe dieser Informationen werden die Veränderungen des Kreditportfolios monatlich analysiert. Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer mit erhöhten Risiken setzen wir das „OSPlus-Frühwarnsystem“ ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). In unseren Dienstleistungsanweisungen haben wir Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage die für die Kreditweiterbearbeitung zuständigen Stellen die Kreditengagements zu ermitteln haben, für die Risikoversorgemaßnahmen in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen erforderlich sind. Risikoversorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikoversorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limitsysteme und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2012 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung. Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.2 Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Für die Beteiligungen besteht eine eigenständige Strategie. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung

der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Zum 31.12.2012 hat sich bei der Beteiligung am SVWL infolge zurückgegangener Unternehmenswerte einzelner Beteiligungen des SVWL Abschreibungsbedarf von 16,6 Mio. EUR ergeben. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden, und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Die Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) hat eine weitere Wertminderung ihrer Beteiligung an der LBBH festgestellt. Entsprechend unserer Unterbeteiligung haben wir diese Wertminderung bei der Bewertung unserer Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft berücksichtigt.

5.3 Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse Emittentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Risikolimit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für die direkt gehaltenen Wertpapiere ist ein Mindestrating nach Moody's von Baa3 und nach Standard & Poor's von BBB- erforderlich. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen sind Anlagerichtlinien festgelegt worden, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Für Investitionen in internationale Unternehmensanleihen wurden in begrenztem Umfang Mandate erteilt, in denen auch Anlagen unterhalb der Ratingstufen Baa3 (Moody's) bzw. BBB- (Standard & Poor's) getätigt werden dürfen. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vorgegebene Marktpreisrisikostategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Zum 31.12.2012 wurden keine Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten gehalten.

Anleihen von Kreditinstituten und Unternehmen aus Italien, Spanien und Irland sind mit einem Kurswert von 39,7 Mio. EUR im Bestand.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.3.2 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %igen Wahrscheinlichkeit bei einer 250-Tage-Haltedauer nicht unterschritten wird. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Die Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der handelsrechtlichen und ökonomischen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Die Funktionstrennung ist nach den Vorgaben der MaRisk bis in die Ebene des Vorstands vollzogen. Der Überwachungsvorstand wird täglich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.4 Zinsänderungsrisiken

Als Zinsänderungsrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen der verzinslichen Vermögenspositionen und Verbindlichkeiten infolge von Marktzinsänderungen definiert. In der handelsrechtlichen Sichtweise hat das Zinsänderungsrisiko Einfluss auf den Zinsüberschuss und die Bewertung von

Wertpapieren. In der ökonomischen Betrachtung wird die Wertveränderung infolge von Zinsveränderungen der gesamten verzinslichen Vermögensposition analysiert. Die Risikoermittlung in der vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung erfolgt mittels Value-at-Risk-Verfahren auf Basis historischer Marktzinsveränderungen. Die quartalsweise durchgeführte handelsrechtliche Rechnung ermittelt das Zinsüberschussrisiko auf Grundlage eines rollierenden 12-Monats-Zeitraumes unter Berücksichtigung eines veränderten Kundengeschäftswachstums, sich ändernder Zinselastizitäten sowie alternativer Marktzinsentwicklungen. Die ermittelten Risikobeträge werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko addiert. Die vermögenswertorientierten und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss). Zusätzlich ermittelt die Sparkasse die Auswirkungen eines Zinsschocks auf den Zinsbuchbarwert gemäß den Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

5.5 Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann oder erhöhte Kosten aus der Liquiditätsbeschaffung entstehen. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Münsterland Ost war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht lag zu jedem Zeitpunkt über dem Mindestwert von 1,0. Per Stichtag 31.12.2012 verzeichnete die Liquiditätskennzahl einen Wert von 1,64. Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen

mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem Dispositionsspielraum im Bundesbankpfanddepot gegenüberstellt. Die Sparkasse trägt der zunehmenden Bedeutung des Liquiditätsrisikos mit umfangreichen Regelungen und Maßnahmen Rechnung.

5.6 Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko wird die Gefahr von Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen (fehlende Dienstanweisungen, unvollständige Reportinglinien, mangelhafte interne Kontrollen), Menschen (Betrug, Fehler von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ungenügend qualifiziertes Personal), Systemen (Systemabstürze, mangelnde Datensicherheit und -integrität) oder aufgrund externer Einflüsse (Terroranschläge, Naturkatastrophen, rechtliche Risiken, kriminelle Handlungen Dritter) eintreten. Zur Steuerung dieser betrieblichen Risiken dienen die Strategie für operationelle Risiken, Dienstanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Innenrevision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden. Mit Hilfe eines DSGVO-Tools wurden die operationellen Risiken für die Risikotragfähigkeit quantifiziert.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Aufgrund der systematischen Aufarbeitung der Risiken im Geschäftsbetrieb der Sparkasse, deren Klassifizierung, Bewertung und Berichtsintensität, die sich an der Bedeutung des Einzelrisikos orientiert, erhält die Sparkasse einen Überblick über

die Gesamtrisikostuktur. Die Sparkasse hat auch im Jahr 2012 ihr Risikomanagement permanent und systematisch ausgebaut. Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse Münsterland Ost ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet. Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und der Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeitsrechnungen und das Risikomonitoring der Sparkasse zeigen, dass die Risikotragfähigkeit sowohl bei der handelsrechtlichen als auch der ökonomischen Betrachtung uneingeschränkt gegeben war und ist. Dieses gilt auch für die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Einzellimite.

G. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

H. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Chancen- und Risikobericht)

1. Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2013 gehen wir von einer moderaten Abwärtsbewegung in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Trotz dieser Entwicklung rechnen wir für 2013 bei einer entsprechenden Kreditnachfrage mit einem Wachstum der in der aktiven Betreuung liegenden Kreditbestände von 2,0%. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich nicht wesentlich verändern. Im gewerblichen Kreditgeschäft und auch im Kreditgeschäft mit Privatkunden gehen wir von einem Wachstum von 2,0% für 2013 aus. Das Wachstum im Kreditgeschäft mit Privatpersonen wird im langfristigen Kreditgeschäft, insbesondere im privaten Wohnungsbau, erwartet. Für das Jahr 2014 gehen wir ebenfalls von einer Ausweitung der Kreditbestände aus.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Die Sparquote wird vor dem Hintergrund der erwarteten

konjunkturellen Entwicklung voraussichtlich konstant bleiben. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir für 2013 ein Wachstum der Kundengeldanlagen (inklusive Wertpapieren, ohne Kurswertveränderungen) von 1,5 %. Für das Jahr 2014 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2013 und 2014 von nahezu unveränderten Rahmenbedingungen aus. Bei der Bilanzsumme erwarten wir für 2013 einen Anstieg auf ca. 8.650 Mio. EUR bzw. für 2014 auf ca. 8.750 Mio. EUR.

2. Finanzlage

Für 2013 und 2014 sind – wie im Vorjahr auch – regelmäßige Modernisierungen der Filialen vorgesehen. Darüber hinaus sind derzeit keine größeren Investitionen geplant.

3. Ertragslage

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation wird folgende Entwicklung erwartet:

Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weitere Entwicklung der Zinsstrukturkurve von Bedeutung.

Chancen bestehen insbesondere in einer weiter anhaltend steilen Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Wir erwarten aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe weiter rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft.

Aus den genannten Effekten resultiert insgesamt für die kommenden zwei Jahre voraussichtlich ein Zinsüberschuss leicht unter dem Niveau des Zinsüberschusses 2012.

Für das nächste Jahr gehen wir von einem konstanten und für das Jahr 2014 von einem leicht höheren Provisionsüberschuss aus.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um bis zu 4,2 % im Jahr 2013 steigen. Für das Jahr 2014 erwarten wir eine weitere Steigerung um 1,3 %. In den nächsten Jahren erwarten wir somit rückläufige Betriebsergebnisse vor Bewertung.

Infolge der ggf. noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise in Verbindung mit steigenden Geld- und Kapitalmarktzinsen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in unserer Unternehmensplanung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Wir rechnen im Jahr 2013 mit einer Belastung durch das Bewertungsergebnis. Für das Jahr 2014 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen. Insgesamt resultiert hieraus ein über dem Niveau des Jahres 2012 liegender Bewertungsaufwand.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden nach aktuellem Kenntnisstand durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 6,1 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Die Sparkasse Münsterland Ost richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2013 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Eigenkapitalrentabilität von 11,7 %. Diese liegt oberhalb des in der DSGV-Strategie genannten Orientierungswertes. Für das Jahr 2014 erwarten wir derzeit einen leicht höheren Wert der Eigenkapitalrentabilität als im Jahr 2013. Bei der CIR erwarten wir für 2013 ein Verhältnis von 58,9 % und für 2014 einen leicht höheren Wert.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

AKTIVSEITE
JAHRESBILANZ ZUM

	EUR	EUR	EUR	31.12.2011 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		37.198.629,98		30.108
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		156.219.499,04		145.091
			193.418.129,02	175.199
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		–,—		–
b) Wechsel		–,—		–
			–,—	–
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		561.336.020,74		87.912
b) andere Forderungen		337.591.211,75		551.060
			898.927.232,49	638.973
4. Forderungen an Kunden			6.023.271.452,22	5.802.050
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	3.059.421.115,49 EUR			(2.997.622)
Kommunalkredite	404.120.356,19 EUR			(301.841)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	–,—			–
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–,— EUR			(–)
ab) von anderen Emittenten	–,—			–
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–,— EUR			(–)
		–,—		–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	299.818.237,50			485.819
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	299.818.237,50 EUR			(485.819)
bb) von anderen Emittenten	283.742.659,34			364.021
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	283.742.659,34 EUR			(364.021)
		583.560.896,84		849.840
c) eigene Schuldverschreibungen		20.116.247,76		15.630
Nennbetrag	19.682.700,00 EUR			(15.218)
			603.677.144,60	865.470
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			575.720.269,63	589.337
6a. Handelsbestand			–,—	–
7. Beteiligungen			133.617.489,27	139.781
darunter:				
an Kreditinstituten	1,00 EUR			(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	7.368.811,22 EUR			(6.205)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			18.349.367,09	20.027
darunter:				
an Kreditinstituten	–,— EUR			(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–,— EUR			(–)
9. Treuhandvermögen			909.848,76	1.316
darunter:				
Treuhandkredite	909.848,76 EUR			(1.316)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			–,—	–
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		–,—		–
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		348.795,00		365
c) Geschäfts- oder Firmenwert		–,—		–
d) geleistete Anzahlungen		–,—		–
			348.795,00	365
12. Sachanlagen			20.800.552,15	19.173
13. Sonstige Vermögensgegenstände			8.594.913,96	4.607
14. Rechnungsabgrenzungsposten			4.982.821,14	7.747
Summe der Aktiva			8.482.618.015,33	8.264.045

	EUR	EUR	EUR	31.12.2011 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		236.382.257,47		281.754
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		960.528.012,21		1.193.243
			1.196.910.269,68	1.474.997
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.552.923.764,66			1.458.438
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	199.094.795,10			168.092
		1.752.018.559,76		1.626.529
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	3.261.541.385,43			2.941.894
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.268.601.200,65			1.173.898
		4.530.142.586,08		4.115.792
			6.282.161.145,84	5.742.322
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		74.317.905,39		139.592
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		—,—		—
darunter:				
Geldmarktpapiere	—,— EUR			(—)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	—,— EUR			(—)
			74.317.905,39	139.592
3a. Handelsbestand			—,—	—
4. Treuhandverbindlichkeiten			909.848,76	1.316
darunter: Treuhandkredite	909.848,76 EUR			(1.316)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			31.303.340,21	44.305
6. Rechnungsabgrenzungsposten			6.832.787,93	10.000
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		27.822.151,00		27.004
b) Steuerrückstellungen		15.145.500,00		3.301
c) andere Rückstellungen		45.417.864,95		82.723
			88.385.515,95	113.028
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			—,—	—
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			101.024.904,10	101.023
10. Genussrechtskapital			—,—	—
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	—,— EUR			(—)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			270.000.000,00	221.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		—,—		—
b) Kapitalrücklage		—,—		—
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	411.697.290,95			397.406
cb) andere Rücklagen	—,—			—
		411.697.290,95		397.406
d) Bilanzgewinn		19.075.006,52		19.055
			430.772.297,47	416.461
Summe der Passiva			8.482.618.015,33	8.264.045
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		—,—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		231.957.321,57		193.640
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		—,—		—
			231.957.321,57	193.640
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		—,—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		—,—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		242.096.700,93		281.177
			242.096.700,93	281.177

	EUR	EUR	EUR	2011 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	277.443.329,45			290.293
darunter: aus der Abzinsung der Rückstellungen	8,88 EUR			(3)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	13.507.636,45			15.146
		290.950.965,90		305.438
2. Zinsaufwendungen		143.841.419,05		155.998
darunter: aus der Aufzinsung der Rückstellungen	2.468.957,75 EUR			(5.163)
			147.109.546,85	149.440
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		23.931.281,20		22.924
b) Beteiligungen		3.669.010,46		2.590
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		6.239.693,52		2.246
			33.839.985,18	27.761
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			–,—	–
5. Provisionserträge		51.888.114,70		57.036
6. Provisionsaufwendungen		4.178.258,03		6.111
			47.709.856,67	50.925
7. Nettoaufwand des Handelsbestands			–,—	131
8. Sonstige betriebliche Erträge			23.504.147,24	6.574
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			–,—	–
			252.163.535,94	234.569
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	57.617.207,79			62.200
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	15.477.019,60			18.483
darunter: für Altersversorgung	5.827.726,82 EUR			(7.199)
		73.094.227,39		80.683
b) andere Verwaltungsaufwendungen		60.719.710,36		48.796
			133.813.937,75	129.479
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.818.675,83	3.795
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.118.559,10	9.259
darunter: aus der Fremdwährungsumrechnung	3.413,00 EUR			(1)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			–,—	–
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		10.678.231,68		176.276
			10.678.231,68	176.276

	EUR	EUR	EUR	2011 TEUR
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		26.479.200,00		9.484
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		-
			26.479.200,00	9.484
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			39.280,00	39
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			49.000.000,00	205.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			43.572.114,94	53.789
20. Außerordentliche Erträge		-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	24.491.998,42			34.730
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	5.110,00			4
			24.497.108,42	34.734
25. Jahresüberschuss			19.075.006,52	19.055
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			19.075.006,52	19.055
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
			19.075.006,52	19.055
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
29. Bilanzgewinn			19.075.006,52	19.055

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die für den vorhergehenden Jahresabschluss maßgeblichen Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei Neuausleihungen einbehaltene Disagien werden auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer kapitalanteilig verteilt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die Kurswerte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für den gesamten Eigenbestand haben wir aktive Märkte festgestellt. Die Bewertung erfolgte zu den Börsen-/Marktpreisen am Abschlussstichtag.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Zum Bilanzstichtag sowie während des gesamten Geschäftsjahres 2012 waren keine Finanzinstrumente dem Handelsbestand zugeordnet.

Strukturierte Wertpapiere

Wir halten in den Portfolios unseres Wertpapier-Spezialfonds strukturierte Wertpapiere, die Adressenausfallrisiken verbriefen. Diese haben zum Bilanzstichtag einen Zeitwert von 33,9 Mio. EUR (Vorjahr: 25,1 Mio. EUR).

Die Risiken beziehen sich auf Adressenausfallrisiken aus Immobilienfinanzierungen, Unternehmenskrediten, Unternehmensanleihen, nachrangigen Krediten und Genusssscheinen.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Gebäude werden linear abgeschrieben. Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden entsprechend dem tatsächlichen Werteverzehr linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis einschließlich 60 EUR) sofort als Sachaufwand erfasst. Während geringwertige Vermögensgegenstände von über 60 EUR bis 150 EUR im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden, sind Vermögensgegenstände bis 1.000 EUR in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt. Zero-Bonds werden mit dem Barwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Der erstmalige Ansatz erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen werden – einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechend – mit 5,07 % abgezinst. Die Abzinsung der übrigen Rückstellungen erfolgt mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz. Bei Pensionsrückstellungen werden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % unterstellt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu sieben Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz.

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Münsterland Ost ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist Mitglied der Kommunalen

Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung ist die Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw). Diese ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige, aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet. Die kwv-Zusatzversorgung betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei kontinuierlicher Anwendung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der kwv-Zusatzversorgung voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen 4.280 TEUR im Jahr 2012.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2011 hätte die Ausgleichszahlung 136,4 Mio. EUR betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2012 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2013 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die derivativen Geschäfte zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten. Die sonstigen, nicht dem Handelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte werden einzeln nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der IDW-Stellungnahmen RS BFA 5 und RS BFA 6 bewertet. Bewertungsverluste werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Bewertung des Zinsbuchs

Im Rahmen einer periodenorientierten Betrachtung unter Beachtung der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 ist untersucht worden, ob sich aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss ergibt. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zum 31.12.2012 zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die Zinsswapgeschäfte zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und nicht gesondert bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, sind in geringer Höhe angefallen.

Bilanzposten, die auf fremde Währung lauten, werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt 11.063 TEUR (davon 360 TEUR Sorten) bzw. 10.698 TEUR.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Nach der Restrukturierung der WestLB AG zum 30.06.2012 hat die Helaba, Frankfurt am Main, die Funktion der Girozentrale übernommen. Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	87.836	11.649
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	239.913	149.496

Wertpapiere

Aufteilung der in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren.

	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	603.677	583.561	20.116
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	575.720	0	575.720

Spezialfonds

Die Anteile am Spezialfonds sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Spezialfonds	Buchwert TEUR	Marktwert TEUR	Differenz Buchwert zu Marktwert TEUR	Ausschüttung in 2012 TEUR	tägliche Rückgabe möglich	unterlassene Abschreibung
UI-Münsterland B	673.891	726.356	52.465	23.700	ja	–

Zweck der Anlage in Spezialfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Der Spezialfonds investiert überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012 (in TEUR)

	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten	119.767	4.165	157.352	20.027	12
Zugänge	5.197	253	20.383	322	0
Abgänge	2.109	0	0	2.000	0
Umbuchungen	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Abschreibungen 2012	(3.550)	(269)	(26.547)	(0)	(0)
Abschreibungen, kumuliert	102.054	4.069	44.118	0	0
Buchwert 31.12.2012	20.801	349	133.617	18.349	12
Buchwert 31.12.2011	19.173	365	139.781	20.027	12

Die Sachanlagen entfallen mit 3.586 TEUR auf Grundstücke und Bauten, die nicht von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden, und mit 17.215 TEUR auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31. 12. 2012 TEUR	31. 12. 2011 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	3.839	6.148
Agio aus Forderungen	348	239
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	6.082	8.780
Agio aus Verbindlichkeiten	226	385

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Anteil an der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch eine Zweckgesellschaft der Sparkassenorganisation in Höhe von 20.652 TEUR enthalten.

Im Jahr 2007 hat die Sparkassenorganisation die Anteile des Landes Berlin und von Minderheitsaktionären erworben. Wir haben uns anteilig an dem Erwerb der LBBH mit einer direkten Kapitaleinlage und der Übernahme der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises beteiligt. Der Gesamtbetrag ist unter dem Bilanzposten „Beteiligungen“ aktiviert.

Rückstellungen

Der Posten „andere Rückstellungen“ entfällt mit 19.329 TEUR auf Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach dem Blockmodell.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	536.516 TEUR
----------------------------------------------	--------------

Nachrangige Verbindlichkeiten**Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen**

Betrag TEUR	Währung	Zinssatz %	fällig am	außerordentliches Kündigungsrecht
15.000	EUR	5,22	31.12.2015	nein
15.000	EUR	5,22	31.12.2015	nein
17.000	EUR	5,17	30.12.2015	nein

Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen

Betrag TEUR	Durchschnittsverzinsung %	Laufzeit in Jahren	
		von	bis
53.000	4,91	12	12

Für die von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 5.050 TEUR angefallen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten der Sparkasse können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbundene Unternehmen	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
Aktivposten		
Forderungen an Kunden	30.778	31.139
sonstige Vermögensgegenstände	3.062	30
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.510	23.475
sonstige Verbindlichkeiten	426	1

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
Aktivposten		
Forderungen an Kunden	34.779	38.568
sonstige Vermögensgegenstände	14	58
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	178.858	52.651
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.000	3.000
sonstige Verbindlichkeiten	8	30

Fristengliederung

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2013 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	125.392	2.085	120.000	75.000		
4. Forderungen an Kunden	158.856	443.629	1.643.724	3.327.676	445.597	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						158.530
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	116.318	183.114	211.390	433.660		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.247	194.450	2.949	449		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	634.304	401.977	92.580	136.074		
3. verbrieftete Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						38.119
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-	-	-		

Es wurde von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Periodenfremde Aufwendungen

Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung sind bei Zins-Swaps periodenfremde Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 20.475 TEUR angefallen.

D. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da die Mehrheitsbeteiligungen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse sind.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzposten:

Posten	Erläuterung der Differenz
Aktive latente Steuern	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven und steuerliche Ausgleichsposten
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Gewinnthesaurierung und steuerlich nicht zulässige Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	unterschiedliche Parameter
andere Rückstellungen	unterschiedliche Parameter und handelsrechtlich bedingte Rückstellungen

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,68 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 31,51 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, der nicht aktiviert wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf Veränderungen der Vorsorgereserven sowie steuerlich nicht berücksichtigte Abschreibungen zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in den Vorjahren Geschäfte über derivative Finanzinstrumente abgeschlossen. Dabei handelt es sich um Zins-Swaps zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva. Darüber hinaus werden Devisentermingeschäfte mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte durchgeführt.

Die Arten und den Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte, zeigt die folgende Aufstellung:

Derivative Finanzinstrumente	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Kundengeschäfte	Deckungsgeschäfte
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	33.912	76	–	33.988	16.994	16.994
Zinsrisiken						
Zins-Swaps	500.000	1.700.000	966.000	3.166.000	–	3.166.000

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegende Zeitwerte beizumessen:

Beizulegende Zeitwerte					
Derivative Finanzinstrumente	Bilanzposten	Buchwerte	Sicherungsgeschäfte		Kundengeschäfte
			Deckungsgeschäfte	Bewertungskonvention	
			TEUR	TEUR	
Währungsrisiken					
Devisentermingeschäfte	–	–	80	–	–34
Zinsrisiken					
Zins-Swaps	–	–	–	–46.136	–

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte werden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) mit den von Reuters veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen ermittelt.

Über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag werden die beizulegenden Zeitwerte der Zins-Swaps ermittelt (Discounted-Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden den von Reuters veröffentlichten Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Zins-Swaps entnommen.

Die im Rahmen der allgemeinen Zinsrisikosteuerung abgeschlossenen Zins-Swaps bilden eine Bewertungskonvention im Zusammenhang mit den übrigen Positionen des Zinsbuches.

Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zins-Swaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Rahmen einer Beteiligung haftet die Sparkasse bis zu einem Höchstbetrag von 15.339 TEUR.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht sammelt die Sparkasse seit dem Jahr 2010 über einen Zeitraum von 25 Jahren aus künftigen Gewinnen bis zu 152,1 Mio. EUR an. Zum 31.12.2012 hat die Sparkasse 17,0 Mio. EUR des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB für die indirekte Verlustausgleichspflicht gebunden. Im Jahr 2017 findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse Münsterland Ost ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedsparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedsparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedsparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 seiner Satzung eine Umlage von den Mitgliedsparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	423
andere Bestätigungsleistungen	24
Gesamtbetrag	447

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung nach Ablauf eines Geschäftsjahres eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2012			
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage	Leistungs- zulage	Sonstige Vergütung	Gesamt- vergütung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schabel, Markus Vorsitzender	528	67	18	613
Gerling, Wolfram Mitglied	440	56	15	511
Richter, Klaus Mitglied	440	56	12	508
Scholz, Peter Mitglied	286	29	14	329
Summe	1.694	208	59	1.961

Die sonstigen Vergütungen betreffen überwiegend Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Schabel, Herr Gerling und Herr Richter mit ihrem Ausscheiden Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen bzw. hat Herr Scholz Anspruch auf eine Abfindungszahlung in Höhe eines Jahresgehalts, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Schabel und Herrn Gerling beträgt derzeit 50 % und der von Herrn Richter 40 % der festen Bezüge.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Pensionsansprüche, die sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände orientieren.

Die Rückstellungen hierfür sind mit dem in der Zukunft zur Erfüllung der Pensionsverpflichtungen aufzubringenden Betrag zu bilanzieren. Dieser Betrag wird versicherungsmathematisch ermittelt.

Der Barwert entspricht der Summe der auf den Bilanzstichtag abgezinsten Pensionszahlungen und stellt lediglich eine kalkulatorische Größe dar.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Beträge:

Vorstand	im Jahr 2012 der Pensionsrückstellung zugeführt	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2012
	TEUR	TEUR
Schabel, Markus Vorsitzender	252	3.127
Gerling, Wolfram Mitglied	332	3.151
Richter, Klaus Mitglied	211	2.370
Scholz, Peter Mitglied	215	2.108

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 1.191 TEUR gezahlt. Zum 31.12.2012 beliefen sich die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis auf 15.001 TEUR.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von 307,00 EUR je Sitzung gezahlt. Für zusätzlich wahrgenommene Mandate in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse oder im Beirat wird jeweils eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 128,00 EUR bzw. 256,00 EUR gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2012 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien. Bezüge aus einer Tätigkeit in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse bzw. im Beirat sind in den Beträgen enthalten.

Name	TEUR	Name	TEUR
Afhüppe, Norbert	2,0	Möllemann-Appelhoff, Carola	4,7
Arnkens-Homann, Dagmar	0,6	Dr. Moormann, Hans	0,8
Austermann, Lothar	3,5	Müller, Eva-Maria	0,3
Banken, Ludger	3,1	Oortmann, Klaus	3,2
Berlage, Paul	3,1	Overhaus, Christel	4,7
Bing, Norbert	1,5	Rickfelder, Josef	1,5
Birkhahn, Astrid	0,1	Ruhmüller, Benedikt	2,6
Engels, Kai	2,3	Stober, Barbara	0,1
Dr. Erber, Dietmar	4,4	Sträßer, Theo	3,8
Dr. Gericke, Olaf	8,9	Többen, Michael	0,3
Hild, Karl-Wilhelm	4,4	Varnhagen, Hans	0,1
Klas, Heribert	4,1	Walter, Jochen	2,6
Lewe, Markus	6,6	Weidemann, Hannelore	0,3
Lülf, Berthold	3,1	Wigger, Holger	2,6
		insgesamt	75,3

Kreditgewährungen an und Haftungsverhältnisse von Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2012 Kredite in Höhe von 338 TEUR (Vorjahr 262 TEUR) sowie Avale in Höhe von 4 TEUR (Vorjahr 4 TEUR) und Mitgliedern des Verwaltungsrats Kredite in Höhe von 13.655 TEUR (Vorjahr 11.250 TEUR) sowie Avale in Höhe von 1.162 TEUR (Vorjahr 2.425 TEUR) gewährt.

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2012	2011
Vollzeitkräfte*	894	912
Teilzeit- und Ultimokräfte*	469	431
	1.363	1.343
Auszubildende	124	121
insgesamt	1.487	1.464

* Davon wurden im Jahr 2012 durchschnittlich 233 Mitarbeiter/-innen an die SDZ Westfalen-Lippe GmbH (SDZ), Münster, entliehen.

Pfandbriefgeschäft

Die Sparkasse hat im Berichtsjahr weitere Pfandbriefe nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts (Pfandbriefgesetz-PfandBG) emittiert. Die Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden regelmäßig durch Veröffentlichung auf unserer Website unter www.sparkasse-muensterland-ost.de (Ihre Sparkasse/Pfandbriefe) erfüllt.

Darstellung zum 31.12.2012

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und Deckungsmasse gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

	2012		2011	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf				
befindlichen Hypothekendarlehen	296.000	296.000	175.000	175.000
Deckungsmasse	408.012	408.012	347.251	347.288
Überdeckung	112.012	112.012	172.251	172.288

	2012			2011		
	Barwert	Risiko- barwert* (nach oben)	Risiko- barwert* (nach unten)	Barwert	Risiko- barwert* (nach oben)	Risiko- barwert* (nach unten)
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf						
befindlichen Hypothekendarlehen	329.628	305.264	354.828	188.428	168.569	211.258
Deckungsmasse insgesamt	467.774	446.905	487.397	382.823	362.919	404.513
Überdeckung	138.146	141.641	132.569	194.395	194.350	193.255
sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG	7,64 %			22,73 %		

*dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV.

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate, keine Auslandsgeschäfte sowie keine wertberichtigten Geschäfte.

Verteilung von Hypothekendarlehen im Umlauf und Deckungsmasse nach Laufzeitstruktur bzw. Zinsbindungsfristen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefe im Umlauf		Deckungsmasse	
	2012 TEUR	2011 TEUR	2012 TEUR	2011 TEUR
bis 1 Jahr	–	–	42.421	49.968
über 1 Jahr bis 2 Jahre	–	–	28.874	30.907
über 2 Jahre bis 3 Jahre	10.000	–	33.025	20.454
über 3 Jahre bis 4 Jahre	10.000	–	48.665	23.843
über 4 Jahre bis 5 Jahre	55.000	10.000	21.308	39.277
über 5 Jahre bis 10 Jahre	148.900	99.900	198.278	160.028
über 10 Jahre	72.100	65.100	35.441	22.774

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehen sind gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a) PfandBG in folgende Größenklassen:

Nennwert	2012	2011
	TEUR	TEUR
bis 300 TEUR	298.903	244.316
300 TEUR bis 5.000 TEUR	84.109	60.522
über 5.000 TEUR	–	–

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b) i. V. m. § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe c) PfandBG für zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

in Deutschland	2012		2011	
	gewerbliche Nutzung	wohnwirtschaftliche Nutzung	gewerbliche Nutzung	wohnwirtschaftliche Nutzung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Wohnungen		46.064		36.396
Einfamilienhäuser		187.526		150.442
Mehrfamilienhäuser		78.035		57.059
Bürogebäude	19.704		18.091	
Handelsgebäude	3.384		275	
Industriegebäude	15.955		6.296	
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	32.344		36.279	
unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	–	–	–	–
Bauplätze	–	–	–	–

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

sonstige Deckungswerte	2012	2011
	TEUR	TEUR
weitere Deckung gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	–	–
Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung)	25.000	42.413

Rückständige Leistungen gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Am 31.12.2012 waren keine Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren für Forderungen aus der Deckungsmasse anhängig. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen aus Forderungen aus der Deckungsmasse durchgeführt, es wurden auch keine Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen.

Ergänzend zur Formblattbilanz ergeben sich folgende Angaben für das Pfandbriefgeschäft:

Aktivseite	EUR	EUR	31.12.2012 EUR	2011 TEUR
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		0,00		0
b) Kommunalkredite		0,00		0
c) andere Forderungen		898.927.232,49		638.973
			898.927.232,49	638.973
darunter:				
täglich fällig	561.336.020,74			(87.912)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		3.059.421.115,49		2.997.622
b) Kommunalkredite		404.120.356,19		301.841
c) andere Forderungen		2.559.729.980,54		2.502.587
			6.023.271.452,22	5.802.050
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		4.476.336,63		6.748
b) andere		506.484,51		999
			4.982.821,14	7.747

Passivseite			31.12.2012	2011
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		135.225.244,21		65.310
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) andere Verbindlichkeiten		1.061.685.025,47		1.409.687
			1.196.910.269,68	1.474.997
darunter:				
täglich fällig	236.382.257,47			(281.754)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		162.820.588,98		110.481
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.552.923.764,66			1.458.438
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	199.094.795,10			168.092
		1.752.018.559,76		1.626.529
d) andere Verbindlichkeiten		4.367.321.997,10		4.005.312
			6.282.161.145,84	5.742.322
darunter:				
täglich fällig	3.261.541.385,43			(2.941.894)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenpfandbriefe	0,00			0
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00			0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	74.317.905,39			139.592
		74.317.905,39		139.592
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0,00		0
			74.317.905,39	139.592
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00			(0)
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		6.832.787,93		10.000
b) andere		0,00		0
			6.832.787,93	10.000

Verwaltungsrat der Sparkasse Münsterland Ost

Vorsitzendes Mitglied

Dr. Olaf Gericke
Landrat des Kreises Warendorf

1. Stellvertreter

Markus Lewe

2. Stellvertreter

Norbert Bing

3. Stellvertreter

Wolfgang Heuer (bis 18.01.2012)

Beratende Teilnahme

Ludger Banken
Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel

Benedikt Ruhmüller
Bürgermeister der Stadt Ahlen

Paul Berlage
Bürgermeister der Stadt Drensteinfurt

Jochen Walter
Bürgermeister der Stadt Warendorf

Berthold Lülff
Bürgermeister der Stadt Ennigerloh

Mitglieder

Norbert Bing
Justizvollzugsbeamter (i.R.)

Dr. Dietmar Erber
Chemiker

Wolfgang Heuer (bis 18.01.2012)
*Dezernent für Bürgerservice, Ordnung,
Personal und Organisation der Stadt Münster*

Holger Wigger (seit 26.06.2012)
Technischer Angestellter

Karl-Wilhelm Hild
Kriminalhauptkommissar (i.R.)

Heribert Klas
*Leiter Stadtmarketing bei der WFG
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ahlen mbH (i.R.)*

Markus Lewe
Oberbürgermeister der Stadt Münster

Carola Möllemann-Appelhoff
Studienrätin

Dr. Hans Moormann
Unternehmer

Theo Sträßer
Kaufmännischer Angestellter (i.R.)

Norbert Afhüppe
Sparkassenangestellter

Lothar Austermann
Sparkassenangestellter

Kai Engels
Sparkassenangestellter

Klaus Oortmann
Sparkassenangestellter

Christel Overhaus
Sparkassenangestellte

Stellvertretende Mitglieder

Dagmar Arnkens-Homann
Städtische Angestellte

Barbara Stober
Hausfrau

Holger Wigger (bis 25.06.2012)
Technischer Angestellter

Gabriele Kubig-Steltig (seit 26.06.2012)
Kauffrau (selbst.)

Astrid Birkhahn
Mitglied des Landtages

Otto Reiners
Referatsleiter Landschaftsverband Westf.-Lippe

Christoph Jahn
Rechtsanwalt

Hans Varnhagen
Dachdeckermeister (selbst.)

Josef Rickfelder
Polizeibeamter

Hannelore Weidemann
Angestellte Landschaftsverband Westf.-Lippe

Michael Többen
Sparkassenangestellter

Bernhard Timmermann
Sparkassenangestellter

Olaf Philippskötter
Sparkassenangestellter

Eva-Maria Müller
Sparkassenangestellte

Ute Tinnermann
Sparkassenangestellte

Vorstand der Sparkasse Münsterland Ost

Markus Schabel, Vorsitzender
Wolfram Gerling
Klaus Richter
Peter Scholz

Stellvertretendes Vorstandsmitglied gem. § 19 Abs. 1 SpkG
Roland Klein

Vertreter nach § 15 Abs. 2b SpkG
Frank Knura
Bernd Theilig

Münster, 19. März 2013

Der Vorstand

Schabel

Gerling

Richter

Scholz

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Münsterland Ost für das Geschäftsjahr vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 26.04.2013

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
- Prüfungsstelle -

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Dittrich
Wirtschaftsprüfer

Sparkasse
Münsterland Ost
Weseler Straße 230
48151 Münster